

Vergleichs hätte es verdient, im Anschluß an den Einführungstext vom Bruch weiterverfolgt zu werden.

Es folgen im vorliegenden Band dann allerdings Einzelbeispiele – die Universität Göttingen zwischen 1866 und 1914; Erlangens Universität in der Herausforderung durch die Kriege des 19. und 20. Jh.s; der „Sonderfall“ der Stiftungsuniversität Frankfurt a. M.; die Universitäten unter nationalsozialistischer Herrschaft; Leipzig und Dresden nach dem Zweiten Weltkrieg (unter dem Schlagwort der Bolschewisierung und mit besonderem Schwergewicht auf den Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre); der Einfluß der sowjetischen Besatzungsmacht auf die Universitätsentwicklung in Ostdeutschland; die Tübinger Rhetorikschule, ein Stück Fachgeschichte für die Altertumswissenschaften in der DDR; schließlich ein diachroner Vergleich der Hochschulpolitiken in der Weimarer, der Bonner und der Berliner Republik und wiederum eine Fallstudie zur Hochschulerneuerung in Sachsen-Anhalt.

Dies sind alles interessante Facetten, nur welches Bildes? Soll man von diesem Band auf die Schwierigkeiten schlußfolgern, die die Universitätsakteure mit der ihnen ohne jeden Zweifel bevorstehenden Reform ihrer Institution haben? In einem systematischeren Vorgehen wäre gleichwohl ein größerer Sinnvorrat aus der Universitätsgeschichte für aktuelles Handeln zu mobilisieren. Dies setzte allerdings voraus, über die Aufhäufung von in sich durchaus wertvollen Deskriptionen hinauszugehen. Immerhin muß man anerkennen, daß diese Buchbindersynthese von einer sehr soliden Fadenheftung zusammengehalten wird.

Matthias Middell

Michael Krennerich, Wahlen und Antiregimekriege in Zentralamerika, Leske + Budrich, Opladen 1996 (= Politische Organisation und Repräsentation in Amerika. Band 6), 422 S.

Petra Bendel, Parteiensysteme in Zentralamerika. Typologien und Erklärungsfaktoren, Leske + Budrich, Opladen 1996 (= Politische Organisation und Repräsentation in Amerika. Band 7), 441 S.

Beide politikwissenschaftlichen Studien wenden sich mit Zentralamerika einer Region zu, welche in den achtziger Jahren als Austragungsort von Revolutionen und Regionalkonflikten das Interesse einer breiteren Öffentlichkeit gefunden hat, seit dem Ende des „kalten Krieges“ und mit dem abrupten Ende der Revolutionseuphorie jedoch allmählich wieder der Vergessenheit anheimfällt. Die beiden jungen Autoren liefern mit ihren Arbeiten den überzeugenden Nachweis, daß die Region nach wie vor ein äußerst ergiebiges Feld für vergleichende sozialwissenschaftlichen und historischen Forschungen darstellt und zu Unrecht als „Waisenkind“ der Politikwissenschaft behandelt wird.

Bendel erschließt der Parteienforschung und Parteiensystemforschung mit Zentralamerika nicht nur eine neue Region, sondern kommt anhand der zentralamerikanischen Parteiensysteme auch zu Schlußfolgerungen, die gängige Erklärungsmuster nicht etwa nur bestätigen, sondern auch modifizieren oder punktuell in Frage stellen (S. 360-372). Für *Krennerich* bietet die Region, „die sich im Sinne des area-approach vorzüglich für vergleichende Studien eignet“ (S. 18), eine Möglichkeit, um zwei bislang isoliert voneinander bearbeitete Forschungsfelder – Wahlen und Antiregimekriege – miteinander zu verbinden (S. 20).

Aber nicht nur die Politikwissenschaft kann vom großen komparatistischen Potential der Region profitieren, auch der Zentralamerikaforschung eröffnen sich neue Perspektiven, wenn (wie von beiden

Arbeiten gekonnt praktiziert) ein hier bisher kaum angewandter Ansatz, der Institutionalismus, zur Anwendung kommt. Gerade das Gemeinsame beider Arbeiten (area und approach) macht aber auch unterschiedliche Varianten im Verhältnis von konkretem Gegenstand und vergleichender Methode deutlich.

Bendel wählt mit den zentralamerikanischen Parteiensystemen einen relativ eng gefußten Gegenstand, der von ihr stringent und tiefgehend analysiert wird. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, wie angesichts der relativ ähnlichen Rahmenbedingungen die großen Unterschiede in der Entwicklung der zentralamerikanischen Parteiensysteme zu erklären sind (S. 23). Beim Vergleich geht sie in drei Etappen vor: Auf die „monographische Darstellung der Parteiensystementwicklung“ (2. Kapitel), in der sie für vier der zentralamerikanischen Länder (Honduras, Guatemala, El Salvador, Nicaragua) in historischen Längsschnittanalysen die Brüche und Phasen dieser Entwicklung herausarbeitet und nach Klassifikations- und Typologisierungsmöglichkeiten sucht, folgt die vergleichende Analyse innerhalb analoger Perioden (3. Kapitel), um die Erklärungsfaktoren für Unterschiede und Gemeinsamkeiten der vier Fälle bestimmen zu können. Dabei wird Kostarika als Kontrastfall zur Überprüfung der gewonnenen Ergebnisse herangezogen. In einem dritten Schritt werden dann die Erklärungsfaktoren zusammenfassend den jeweiligen Ländern zugeordnet (S. 340-350). Die so gewonnenen Ergebnisse werden schließlich mit den gängigen Typologien und Erklärungsansätzen konfrontiert und führen die Autorin zu einem „Vorschlag für eine modifizierte Typologie der Parteiensysteme in Lateinamerika in Anlehnung an Sartori“ (S. 359). Auch für Zentralamerika weist sie nach, daß sich die „analytische Nützlichkeit“ von Sartoris „Parties and Party Systems“ (1976) nicht verloren hat (S. 360), jedoch ergänzungsbedürftig ist. Dies betrifft v.a. die genauere Untersuchung und Klassifizierung von unstrukturierten Parteiensy-

stemem (S. 353f.), die Erweiterung der Klassifizierungskriterien um die Kategorie „Institutionalisierungsgrad“ (S. 354) und die Erkenntnis, daß – anders als von Sartori angenommen – autoritäre Regime auch polarisierte Parteiensysteme mit relativ wenigen Parteien (El Salvador, ebenda) oder eben gar kein hegemoniales Parteiensystem (Guatemala, S. 356) hervorbringen können. Unter den Erklärungsfaktoren für Konstanz und Wandel der zentralamerikanischen Parteiensysteme hebt die Autorin besonders den Regimtyp und seine spezifische Ausprägung hervor (S. 361f.). Als Anregung für künftige Forschungen versteht sich ihr Hinweis, Parteiensysteme auch als unabhängige Variable in die Analyse von Demokratisierung und demokratischer Stabilität in Zentralamerika einzubeziehen (369ff.). Für alle, die sich für die Entwicklung der zentralamerikanischen Parteien und Parteiensysteme interessieren, bietet die Arbeit eine anregende und detailreiche Lektüre, wie sie in diesem Umfang sonst kaum zu finden sein dürfte.

Krennerich wendet sich mit seiner Studie einem komplexeren Thema zu. Auch wenn er schon für die beiden Einzelthemen „Wahlen“ und „Antiregimekriege“ Forschungsdesiderate aufzuarbeiten verspricht (S. 16-20), so liegt doch der eigentliche Reiz der Arbeit in der Verknüpfung beider – ein Versuch, der hier erstmals unternommen wird. Die vom Autor bewußt gewählte Herausforderung (S. 20f.) stellt erhöhte Anforderungen an die Systematik und die Anwendung der komparativen Methode. Die Arbeit gliedert sich in drei Teile: Anhand des Konzepts der Kompetitivität von Wahlen werden im diachronen wie im synchronen Vergleich zunächst (2. Kapitel) Merkmale und Geschichte der Wahlen in Nicaragua, El Salvador und Guatemala untersucht. Honduras und Kostarika, die nicht von inneren bewaffneten Konflikten betroffen sind, dienen – wie auch im folgenden Kapitel – als Kontrastfälle (S. 91-97 und 187-194). Im zweiten Teil (3. Kapitel) wird die Funk-

tionsanalyse der Wahlen mit der Analyse der Kriegsgenese verknüpft. Wahlen finden hier unter drei Aspekten Berücksichtigung: zum ersten als Herrschaftsinstrument autoritärer Regimes (S. 178-185), dann als eine – durch Repression und Wahlbetrug abgewürgte – Möglichkeit der Konfliktaustragung zwischen Regime und Opposition (S. 194-207), und schließlich als (ein) Entstehungsfaktor der Antiregimekriege unter unterschiedlichen Vorzeichen (S. 247-249 und 263-268). Der dritte Teil (4. Kapitel), der sich vorrangig mit der Kriegsbeendigung befaßt, rückt die politischen Hintergründe des Konflikts in den Mittelpunkt. Für den Übergang von der kriegerischen zur politischen Konfliktaustragung werden drei Bedingungen genannt und in ihrer Bedeutung analysiert: das militärische Kräfteverhältnis, der internationale Kontext und der Demokratisierungsprozeß. Dem Funktionswandel der Wahlen und ihrer sich daraus ableitenden Bedeutung für die Beendigung der Antiregimekriege wird dabei die größte Aufmerksamkeit geschenkt (S. 311-353). In Zusammenhang mit den zentralamerikanischen Antiregimekriegen untersucht der Autor also ganz unterschiedliche Funktionen von Wahlen. Unter der repressiven und abschließenden Politik der autoritären Regimes in Nicaragua, El Salvador und Guatemala können sie einerseits zu einem gewichtigen Faktor der Kriegsgenese werden (im ebenfalls autoritär regierten Honduras aber nicht!). Andererseits bilden Wahlen im Ergebnis ihres Funktionswandels eine Alternative zum Krieg (S. 350-351) und tragen damit zu seiner Beendigung bei. Obwohl *Krenmerich* gelegentlich auf die Funktion der unter Kriegsbedingungen abgehaltenen Wahlen als Mittel der Aufstandsbekämpfung verweist (S. 343), findet dieser Aspekt, der ja maßgeblich Verlauf und Dauer des bewaffneten Konflikts mitgeprägt hat, nur am Rande Beachtung. Auch sucht der interessierte Leser Antwort auf die vom Autor nur gestreifte Frage, wie der – für das Verständnis der Zusammenhänge zwischen Wahlen und Krieg eminent

wichtige – Funktionswandel der Wahlen zu erklären sei. Hierfür wäre es hilfreich gewesen, den Zäsurcharakter der Staatsstreichs von 1979 (El Salvador) und 1982 (Guatemala) für den Transitionsprozeß einzubeziehen. Interessant und einer näheren Erklärung wert ist eine Paradoxie von unterschiedlichen Funktionen, die den Wahlen einmal unter autoritären Bedingungen und andererseits bei der Durchsetzung einer friedlichen Regimealternative zukommen. Dort, wo Wahlen vom autoritären Regime nicht durchgeführt werden (Honduras), können sie als Mittel eines friedlichen Regimewandels eingesetzt werden, während sie diese Funktion in El Salvador und Guatemala nicht (mehr) erfüllen können, obwohl (oder weil) sie zuvor ein Mehr an Demokratie als in Honduras suggeriert haben (S. 247-249).

Insgesamt fällt bei *Krenmerich* – im Unterschied zu *Bendel* – auf, daß er sowohl bei der Analyse der Kriegsgenese als auch bei der des Übergangs vom Krieg zum Frieden die unterschiedlichen Erklärungsfaktoren im Verhältnis zueinander kaum gewichtet. Gerade das gewählte Thema (Zusammenhang von Wahlen und Antiregimekrieg) hätte ein solches Vorgehen erfordert, besonders um die Bedeutung der Wahlen gegenüber den anderen Faktoren deutlich zu machen. Die Komparatistik hätte dabei sicher gute Dienste leisten können.

Insgesamt bleibt festzuhalten, daß beide Arbeiten unter mehreren Gesichtspunkten dem interessierten Leser zu empfehlen sind. Anliegen, Gegenstand, Vorgehensweise, Systematik und solide empirische Untermauerung (u. a. zahlreiche Interviews vor Ort) bilden ihre unbestreitbaren Vorzüge. Von unterschiedlichen Themen und Gegenständen her begründen beide Autoren überzeugend die Notwendigkeit, den institutionalistischen Ansatz auch für Zentralamerika und die Analyse der hier besonders evidenten politikwissenschaftlichen Probleme (Autoritarismus, Revolution, bewaffneter Konflikt, Demokratisierung, Funktionswandel von Parteien und Wahlen, Lern-

prozesse) nutzbar zu machen. Dies verspricht der Regionalforschung wie auch der Fachdisziplin gleichermaßen Gewinn. Beide Arbeiten sollten wegen ihrer unterschiedlichen Themenbreite und Gewichtung der Analyseebenen als gegenseitige Ergänzung verstanden und gelesen werden.

Peter Gärtner

Rainer Durth, Grenzüberschreitende Umweltprobleme und regionale Integration. Zur politischen Ökonomie von Oberlauf-Unterlauf-Problemen an internationalen Flüssen, Nomos, Baden-Baden 1996 (= Schriften des Europakollegs Hamburg zur Integrationsforschung 10), 336 S.

Gegenstand dieser Arbeit sind die bei der internationalen Nutzung von grenzüberschreitenden Flüssen auftretenden Interessenkonflikte und die Frage nach den Möglichkeiten zwischenstaatlicher Kooperation zur gemeinschaftlichen Nutzung der knappen Ressource Wasser. Das Thema ist von einer außerordentlichen Brisanz, denn „mit der erwarteten Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung stellt die umweltgerechte Bewirtschaftung grenzüberschreitender Flüsse ... heute ein politisches, rechtliches und wirtschaftliches Problem dar, dessen Bedeutung in absehbarer Zukunft noch zunehmen wird.“ (S. 19f.)

Die Konflikte um die Nutzung einer grenzüberschreitenden Ressource beruhen auf externen Effekten, die durch die Nutzung am Oberlauf des Flusses an seinem Unterlauf auftreten. Die Einschränkung dieser externen Effekte ist über den Internalisierungsmechanismus am effektivsten möglich. Daher lautet die Fragestellung: Wie lassen sich externe Effekte an grenzüberschreitenden Flüssen internalisieren? Der Verf. untersucht nun in seiner Arbeit die Bedingungen der Internalisierung sowohl in integrierten als

auch in nicht integrierten Räumen.

Ausgangspunkt seiner Argumentation ist die weitverbreitete Annahme, daß in Integrationsräumen grenzüberschreitende Kooperation im Umweltbereich leichter zu realisieren sei als in nicht integrierten Räumen. Der Autor stellt sich das Ziel, diese Annahme unter dem theoretischen Blickwinkel der *Neuen Politischen Ökonomie* systematisch zu analysieren, um im Anschluß die erarbeiteten theoretischen Ableitungen anhand dreier Fallstudien zu prüfen.

Die Arbeit gliedert sich in sechs Teile. Davon sind die Teile I und II vorwiegend theoretischer Natur, die vom Rezipienten mindestens Grundwissen der ökonomischen Theorie verlangen. In diesen Abschnitten wird in absteigenden Abstraktionsstufen das theoretische Gerüst für die empirischen Untersuchungen geschaffen.

Das analytische Instrumentarium zur Identifizierung von Kooperationszusammenhängen ist tatsächlich der rote Faden, der sich durch die gesamte Arbeit zieht. Allerdings ist es für den ökonomisch nicht „vollständig informierten“ Rezipienten zum Teil (insbesondere Kapitel 4) außerordentlich mühsam, der polit-ökonomischen Herleitung dieses Instrumentariums zu folgen.

Thematisiert werden insbesondere: die Randbedingungen für eine Kooperation, die Einflußgrößen auf die Verhandlungen über die Aufteilung des Kooperationsgewinns sowie die Rolle von Regierungen und die Rolle von privaten Nachfragern auf dem grenzüberschreitenden politischen Markt. Dabei werden in den theoretischen Abschnitten Hypothesen zu den Unterschieden in den Kooperationsbedingungen und den Handlungsoptionen der Akteure in integrierten und nicht integrierten Räumen aufgestellt.

Als Referenzmodell für einen integrierten Raum wählt der Autor die Europäische Union. Als Ausgangspunkt der polit-ökonomischen Analyse von Oberlauf-Unterlauf-Problemen beschreibt und bewertet er die innerhalb der EU geltenden Gemeinschaftsregelungen. Dem schließt sich eine Untersuchung der